

München, 29.06.2018

Neue schwere Vorwürfe im Zusammenhang mit tödlichem Listerienausbruch

SPD-Verbraucherschützer Florian von Brunn will Präsident des Landesamts für Verbraucherschutz am Dienstag beim öffentlichen Bericht im Landtag zur Rede stellen

Im Zusammenhang mit dem tödlichen Listerienausbruch beim Fleischwarenhersteller Sieber macht der SPD-Verbraucherschützer **Florian von Brunn** dem Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) neue schwere Vorwürfe. „Der Behörde lagen konkrete Hinweise auf die mögliche Ursache der Erkrankungen vor, aber diesen wurde nicht gezielt nachgegangen. Das war mehr als fahrlässig: Zwei Menschen sind noch nach der Information des LGL gestorben. Doch das Landesamt versucht nun, diesen Ablauf zu verschleiern, indem es so tut, als hätte es diese Information nie erhalten. Dabei waren zwei LGL-Mitarbeiter bei dem entsprechenden Expertentreffen des Robert-Koch-Instituts des Bundes nachweislich anwesend.“

Wenn am Dienstag (3. Juli 2018) ab 13.00 Uhr der LGL-Jahresbericht den Landtagsausschüssen für Umwelt und Verbraucherschutz sowie Gesundheit und Pflege vorgestellt wird, will von Brunn den Präsidenten der Behörde, Dr. Andreas Zapf, mit den entsprechenden Akten und Aussagen konfrontieren. „Wir werden ihm nicht durchgehen lassen, dass er schon wieder versucht, die Öffentlichkeit hinters Licht zu führen. Er muss zu diesem Versagen endlich Stellung beziehen. **Statt intensiver und gezielt nach der tatsächlichen Quelle der Listerien zu fahnden, wurde einfach weiter Dienst nach Vorschrift gemacht**“, kritisiert von Brunn. „Ein schwerwiegender Fehler.“

Insgesamt kamen durch den Listerienausbruch mindestens acht Menschen ums Leben, mindestens 79 erkrankten an den Erregern auf kontaminiertem Wammerl. Die Zahl der Fehlgeburten als Folge ist noch nicht aufgeklärt. Es gibt aber bereits Hinweise auf mehrere Fälle.

LGL-Präsident Zapf steht bereits durch eine ganze Reihe von Fehlentscheidungen und Versäumnissen in der Kritik. So versagte er als Behördenleiter auch bereits beim Bayern-Ei-Skandal. Dabei ging es um einen europaweiten Ausbruch von Salmonellen, der von einem niederbayerischen Legehennenbetrieb ausging. Das Ergebnis hier: Hunderte Erkrankte und mindestens zwei Todesfälle. Von Brunn mahnt: "Die CSU-Staatsregierung muss endlich dem Verbraucherschutz Vorrang geben vor wirtschaftlichen Interessen von Unternehmen. Daran krankt das gesamte System des staatlichen Verbraucherschutzes in Bayern."